

Julia Zureck (parteilos): Klartext bitte zur A2-Industrieplanung: Viel Gerede, wenig Abstimmung – und offene Fragen an Stadt und Investor

Am Sonntag, den 2. November 2025, trafen sich auf kurzfristige Einladung von Julia Zureck einige Vertreter der Fraktionen der Brandenburger Stadtverordnetenversammlung, um auf essentielle Unklarheiten und Widersprüche im Zusammenhang mit dem geplanten Industrie- und Gewerbegebiet an der A2 aufmerksam zu machen. Teilgenommen haben Mitglieder von CDU-FDP, AfD, Bündnis 90/Die Grünen und BSW. SPD und Freie Wähler blieben dem Treffen trotz der aktuellen Brisanz des Themas fern. Ein Fraktionsmitglied der Linken konnte durch die OB-Kandidatin nicht erreicht werden.

Investor: Ja, nein, vielleicht?

In den vergangenen Wochen überschlagen sich die Aussagen: Einmal heißt es, es gebe keinen konkreten Investor, dann wieder, man stehe mit einem Vorhabenträger in Kontakt. Mal soll der Bebauungsplan gestartet werden, mal heißt es, es handele sich nur um vorbereitende Schritte. Diese Inkonsistenz sorgt in Verwaltung, Wirtschaft und Bürgerschaft für Irritation.

Klar ist: Wenn ein Investor oder Vorhabenträger bereits auftritt, hat dieser auch klare Vorstellungen von Projekt, Nutzung und Rendite. Wer das Gegenteil behauptet, hat wirtschaftliche Zusammenhänge offenbar missverstanden.

Wer ist die Lüder-Gruppe – und was will sie wirklich?

Als möglicher Investor wird die Lüder-Gruppe genannt, konkret die Lüder Green Project GmbH. Sie firmiert als Partner der Kommunen Kloster Lehnin und Brandenburg an der Havel. Bei genauerem Hinsehen fällt auf: Das Unternehmen ist bislang ausschließlich im Bereich Wind- und Photovoltaikanlagen aktiv, jedoch nicht in der Erschließung oder dem Betrieb klassischer Industrie- und Gewerbegebiete (GIV).

Auch im sogenannten Projekt „Morgenrot“ bei Quedlinburg arbeitet Lüder an einem Vorhaben, das offiziell als „Industrieprojekt“ beschrieben wird – tatsächlich liegt der Schwerpunkt dort auf Energieerzeugung und „Sonderformen“ erneuerbarer Anlagen. Durch ein Zielabweichungsverfahren soll der ursprüngliche Regionale Entwicklungsplan geändert werden – gleichwohl das dortige Vorhaben in ein Energieprojekt umgewandelt werden.

Diese Diskrepanz wirft Fragen auf:

Wie seriös ist die Darstellung als „klassischer Industrieentwickler“? Und warum lässt man ein Unternehmen an einem GIV-Projekt mitwirken, dessen Schwerpunkt auf Wind- und PV-Projekten liegt?

Es bleibt auch offen, wer hier auf wen zugegangen ist: Haben die Gemeinden den Entwickler gesucht, oder hat sich ein Unternehmen, das bisher nicht erkennbar realisierte Industriegebiete erschlossen hat, selbst als Lösung angeboten?

Julia Zureck

Die Verbindungen zwischen der Lüder-Gruppe und dem genannten Projektentwickler GICON sind bislang unklar und wurden erst durch weitergehende tiefgründige Recherche ansatzweise erkennbar.

Windvorrangflächen– Realitätsabgleich statt Schlagzeilen

In seiner jüngsten Pressemitteilung erklärte OB Steffen Scheller, man habe dem Investor deutlich gemacht, dass keine Windvorrangflächen und kein Autohof auf dem geplanten Areal vorgesehen seien. Tatsächlich jedoch sind Windvorranggebiete laut Regionalplan bereits in nur etwa zwei Kilometern Entfernung festgelegt – also längst planerische Realität.

Vor diesem Hintergrund ist es fraglich, warum OB Steffen Scheller nun plötzlich auf vermeintliche Windvorranggebiete verweist, obwohl dieses Thema in der bisherigen Diskussion nie eine Rolle spielte.



von links nach rechts: David Simon (CDU-FDP), Heidi Hauffe (BSW), Andreas Kutsche (BSW), Julia Zureck, Christoph Zureck, Axel Brösicke (AfD), Bodo Kaßau (CDU), Martina Marx (Bündnis 90/Die Grünen)
Foto: Zureck. Ort: Zureck Unternehmensgruppe

Der Eindruck entsteht, dass das Argument erst nachträglich bemüht wird, um die aktuelle Planung zu rechtfertigen oder bestehende Kritikpunkte zu entschärfen.

Verwunderung über Zuständigkeiten und Abläufe

Bemerkenswert ist, dass der Antrag für das Projekt nicht – wie bei Aufstellungsbeschlüssen üblich – vom Amt 61 (Bauleitplanung, Naturschutz und Baurecht), sondern vom Amt 80 (Wirtschaftsförderung und Tourismus) eingereicht wurde. Ob diese ungewöhnliche Zuständigkeit auf interne Abstimmungen oder Entscheidungen in den zuständigen Ämtern und deren Leitung zurückzuführen ist, bleibt bislang offen. Ebenso bleibt offen, welche Risikobewertung für die Kosten und mögliche Haftungsfragen vorgelegt wurden.

Selbst, wenn der Investor die Planungskosten trägt, bleibt die Frage: Wie rechtssicher ist die Stadt, wenn das Projekt scheitert? Besteht die Gefahr von Schadenersatzforderungen?

Uneinigkeit zwischen Partnerkommunen

Das Projekt soll offiziell gemeinsam von der Gemeinde Kloster Lehnin als Hauptakteur und der Stadt Brandenburg an der Havel realisiert werden. Doch die Realität zeigt:

unterschiedliche Beschlusslagen, unterschiedliche Kommunikation, kein gemeinsames Auftreten.

Wie kann ein Projekt dieser Tragweite aufgesetzt werden, ohne vorher einen ausgehandelten Kooperationsvertrag beschlossen zu haben? Am Ende leiteten Stadt und Gemeinde alle Schritte für eine Bebauungsplanung ein, ohne diesen Vertrag fixiert zu haben. Ein weiterer Punkt der Fragen aufwirft.

Industrieabwanderung – fatales Signal für bestehende Arbeitgeber

Besonders kritisch ist auch die öffentliche Rhetorik zur angeblichen Industrieabwanderung in der Stadt zu sehen. Worte wie diese treffen direkt die großen industriellen Arbeitgeber der Region – ZF Friedrichshafen, Heidelberger Druckmaschinen und Riva Stahl. Diese Unternehmen sichern seit Jahrzehnten tausende Arbeitsplätze, Ausbildungsmöglichkeiten und lokale Wertschöpfung.

Wer öffentlich den Eindruck vermittelt, die Industrie ziehe ab oder verliere Bedeutung, schwächt Vertrauen und Standortimage. ZF etwa steht ohnehin unter Druck durch den Transformationsprozess in der Automobilindustrie. Heidelberger Druck und Riva Stahl sind Säulen der lokalen Wertschöpfung – sie „abzuschreiben“ wäre nicht nur ökonomisch töricht, sondern ein politisches Eigentor.

Politik, Planung und Verantwortung

Im Gespräch mit den Fraktionen konnte sensibilisiert werden, dass die widersprüchlichen Informationen und das intransparente Vorgehen rund um das Projekt ein ernstzunehmendes Risiko für die Stadt darstellen könnten.

Die Fraktionen waren sich parteiübergreifend einig, nun prüfen zu wollen, wie eine saubere rechtliche und wirtschaftliche Bewertung des Projekts erfolgen kann, um potenzielle Schäden von der Stadt abzuwenden.

Ein Zeichen für gemeinsame Verantwortung

Das heutige Treffen zeigte, dass es über die Parteigrenzen hinweg möglich ist, sachlich und konstruktiv über die Zukunft von Brandenburg an der Havel zu sprechen. Es ging nicht um parteipolitische Schlagzeilen, sondern um Verantwortung, Transparenz und die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt.